

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 12. Dezember 2013. Ratsherrn Stefan Friedel (CDU) wurde der Ehrenring verliehen, weil er dem Rat mehr als 10 Jahre angehört. BÜ 90 beantragte, den Punkt Schauspielhaus öffentlich zu behandeln, da es um finanzielle Auswirkungen geht. Aus Sicht der FDP werden die Rechte Dritter angesprochen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und zwei Stimmen der freien Wähler abgelehnt.

Der Antrag der Linken, die Tagesordnungspunkte zur Besetzung der Gremien der neu gestalteten DüsseldorfCongress Sport und Event GmbH und des Sportbeirates, die sehr kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt worden waren, in die nächste Sitzung zu vertagen, wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt, weil der Grundsatzbeschluss über die Neuorganisation und die Ausgestaltung der Gremien schon vor Monaten gefasst wurde.

Bericht aus der Kleinen Kommission Wehrhahnlinie

Die Verwaltung berichtete über die Beratung der Vergabeverfahren und die Insolvenz eines Aufzugsherstellers. Hinsichtlich der Terminplanung gibt es keine Auffälligkeiten.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat stellte einstimmig den **Jahresabschluss 2012 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste** fest, erteilte der Betriebsleitung und dem Betriebsausschuss Entlastung und beschloss, den Fehlbetrag in Höhe von 87.852,50 Euro durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage des Stadtbetriebes Zentrale Dienste zu decken. Er beschloss einstimmig den **Wirtschaftsplan 2014** mit einem Volumen von 35,1 Mio Euro.

Der Rat stellte einstimmig den **Jahresabschluss 2012 des Stadtentwässerungsbetriebes (SEBD)** fest und entlastete die Betriebsleiter und den Betriebsausschuss. Er beschloss, aus dem Überschuss in Höhe von 11,5 Mio einen Teilbetrag in Höhe von 3,6 Mio Euro an den allgemeinen Haushalt auszuschütten und den verbleibenden Betrag von 7,8 Mio Euro der allgemeinen Rücklage des SEBD zuzuführen. Die Kreditverbindlichkeiten des SEBD steigen von 157 Mio auf 184 Mio Euro. SPD, BÜ 90, Linke, freie Wähler stimmten gegen die Teilabführung an den städtischen Haushalt.

Der Rat stellte einstimmig den **Wirtschaftsplan des Stadtentwässerungsbetriebes 2014** sowie die Erfolgs- und Vermögensplanung bis 2017 fest. Weiterhin beschloss er einstimmig ab 1.1.2014 **gleich bleibende Gebühren für die Schmutzwasserentsorgung in Höhe von 1,52 Euro je cbm und für die Niederschlagswasserentsorgung in Höhe von 0,98 je qm** befestigter Fläche, wobei für die Niederschlagswasserentsorgung von Gründächern ein ermäßigter Gebührensatz von **0,49 Euro je qm** Gründach gilt. Aus der Gebührenaussgleichsrückstellung werden voraussichtlich 9,9 Mio Euro für 2014 entnommen.

Außerdem beschloss einstimmig der Rat die **Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes**. Bis 2025 werden Investitionen in Kanalnetzerweiterungen, Kanalsanierungen, nachträgliche abwassertechnische Erschließungen und die Niederschlagswasserbeseitigung mit Reinigungsanlagen und Rückhaltungen in Höhe von rd. 682 Mio Euro geplant. Weitere Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von rd. 78 Mio Euro sind frühestens ab 2026 geplant. Investitionen werden erst dann getätigt, wenn alle Alternativen geprüft, neue gesetzliche Entwicklungen berücksichtigt, die städtebaulichen Planungen eindeutig und die aktuelle Notwendigkeit der Maßnahmen erwiesen sind.

Einstimmig beschloss der Rat die Gebührenkalkulation für die **Straßenreinigung 2014**. Die Gebührensätze bleiben unverändert. Bei zahlreichen Straßen wurden die Reinigungsklassen geändert (Enthaltung Linke).

Der Rat beschloss gegen Linke und freie Wähler die Gebührenkalkulation und Gebührensatzung für die **Abfallentsorgung 2014**. Die Gebührensätze für die Restmülltonnen sinken um 1 %. Der Zuschlag für den Kellerservice wird um 0,66 Euro erhöht. Die Gebühren für die Biotonnen bleiben konstant, lediglich der Zuschlag für den Vollservice wird um 0,73 Euro erhöht

Der Rat beschloss gegen Linke eine Neufassung der **Benutzungsordnung für die Räume der Volkshochschule**. Die Mieten für die Räumlichkeiten werden erhöht, für anerkannte Einrichtungen der Weiterbildung und regelmäßige Nutzer (ab 12 Nutzungen im Kalenderjahr) werden Ermäßigungen eingeführt. Die Technikpauschale wird in den Miettarif integriert. Ziel ist, die Mieteinnahmen von 70.700 Euro in 2012 auf 115.000 Euro zu erhöhen.

Der Rat beschloss einstimmig Änderungen der Richtlinie „**Klimafreundliches Wohnen**“ zur Förderung von energetischen Sanierungen von Immobilien im Bestand und zur Reduzierung der CO2 Emissionen in privaten Haushalten. Die Anpassungen betreffen Wärmedammaßnahmen, Heizungsoptimierung, Kraft-Wärme-Kopplung, Heizungsoptimierungen und Lüftungsanlagen. Für den Fernwärmeanschluss wird eine Aktionsförderung eingeführt. Als neuer Fördergegenstand werden Stromspeicher für Photovoltaik-Anlagen aufgenommen.

Der Rat bestätigte den durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften **Gesamtabschluss zum 31.12.2010** und entlastete den Oberbürgermeister (gegen Linke, Enthaltung freie Wähler).

Der Rat beschloss einstimmig eine Änderung der **Satzung für das Jugendamt**. Eine Vertretung des Jugendamtselternbeirates wird als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss aufgenommen. Die Mitgliederzahl der aus dem Integrationsausschuss bestellten beratenden Mitglieder wird von zwei auf ein Mitglied reduziert.

Der Rat beschloss gegen freie Wähler eine Änderung der **Taxitarife**. Der Grundpreis (5,50 Euro inkl. 1400 m und 2 Minuten Wartezeit), das Wartezeitentgelt (30 Euro je Stunde) und der Großraumzuschlag (7 Euro) bleiben unverändert, das Beförderungsentgelt steigt von 1,80 auf 1,90 Euro je km, und der Festpreis für die Strecke Messe-Flughafen steigt von 15 auf 16 Euro. Für bargeldlosen Zahlungsverkehr soll weiterhin kein Zuschlag erhoben werden. Aufgrund von Hinweisen des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen werden unklare Begriffe in der Tarifordnung ersetzt: Fahrstrecke 1400 m nun Anfangsstrecke, Kilometerpreis nun Wegtarif, Wartezeit je Stunde nun Zeittarif, Wartezeit nun Anfangszeit, Messfestpreis nun Sonderfahrpreis.

Der Rat beschloss einstimmig den Kunstpreis für das Jahr 2014 der Bildhauerin Katharina Fritsch zu verleihen.

Personalien

Der Rat beauftragte

- den städtischen Kapitalvertreter unter Abberufung von Sylvia Pantel Andreas Stieber als persönliches stellvertretendes Mitglied von Bruno Urbach in den Verwaltungsrat der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH zu wählen. Die SPD ist weiterhin durch Cornelia Mohrs vertreten.

Der Rat wählte

- erneut Dr. Matthias Wetterau zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses;
- anstelle von Michael Latka Dr. Christoph Schork zum stellvertretenden Mitglied des Kreispolizeibeirates;
- die stimmberechtigten Abgeordneten zur Mitgliederversammlung des Städtetages NRW am 3.4.2014 in Mülheim. Die SPD wird durch Matthias Herz und Bergit Fleckner-Olbermann vertreten;
- die Mitglieder des Aufsichtsrats der Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH. Die SPD ist vertreten durch Burkhard Albes, Helga Leibauer und Frank Spielmann.

Der Rat ersetzte

- im Aufsichtsrat der Zukunftswerkstatt Sylvia Pantel durch Harald Neuhaus. Die SPD ist weiterhin durch Klaudia Zepuntke vertreten;
- ersetzte im Beirat der Bädergesellschaft Sylvia Pantel als Stellvertreterin durch Bettina Wiedbrauck. Die SPD ist weiterhin durch Burkhard Albes vertreten.

Der Rat entsandte

- die Beigeordnete Helga Stulgies in den Vorstand des Vereins zur Förderung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V. Der Gaststatur wird nun in eine ordentliche Mitgliedschaft geändert.

Bauen

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung folgender Projekte:

- **Neubau eines Kunstrasenspielfeldes und leichtathletischer Anlagen auf der Sportanlage Nagelsweg 115 (Lohausen)** mit vorläufigen Gesamtkosten von 1,5 Mio Euro. Die Anlage wird vom International School of Düsseldorf Verein (ISD Verein) und der internationalen Schule genutzt. Um einen ganzjährigen Sportbetrieb zu gewährleisten, soll ein Kunstrasenspielfeld für Fußball, Football, Rugby und Softball entstehen. Außerdem soll eine 100 m Sprintstrecke mit einer Weitsprunggrube angelegt werden. Eine weitere Kunststofffläche wird mit Basketballständern und einer Hochsprunganlage ausgestattet und dient als Anlauf für Ball- und Speerwurf. Für Beachvolleyball und Kugelstoß wird eine Sandfläche angelegt. Der Laufhügel erhält eine Trainings-Stufenanlage. Die Maßnahme soll zwischen dem 2 und 4. Quartal 2014 ausgeführt werden (Enthaltung BÜ 90);
- **Naturnahe Umgestaltung des Kittelbachs An der Piwipp bis Wilseder Weg** mit vorläufigen Gesamtkosten von 1,1 Mio Euro. Es wird mit einem Landeszuschuss in Höhe von ca. 0,867 Mio Euro gerechnet. Der Planfeststellungsbeschluss wird in 2015 erwartet, die Arbeiten sollen im Jahr 2017 ausgeführt werden (einstimmig).

Der beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung folgenden Projektes:

- **Feuer- und Rettungswache 6, Frankfurter Str. 245, Ersatzneubau** Atemschutzübungszentrum **mit Brandsimulationsanlage**. Ein massiver Neubau ersetzt die mehr als 40-jährigen Übungsanlagen. Die Gesamtkosten betragen 4,1 Mio Euro. Durch die Mitnutzung von Werksfeuerwehren wird mit jährlichen Einnahmen von 90.000 bis 100.000 Euro gerechnet. Baubeginn erfolgt im 1. Halbjahr 2014, Fertigstellung Mitte 2015.

Haushalt 2014

Abgelehnt wurden folgende SPD-Anträge:

- Sanierungskonzept für die städtischen Kulturbauten mit einer Prioritätenliste (5 Mio Euro)

- Städtischen Immobilienhandel neu ausrichten, bezahlbaren Wohnraum sichern und schaffen, Vermögen ausbauen: 14 Mio Euro verteilt auf die kommenden fünf Jahre für den Neubau von bezahlbarem Wohnraum durch die Städtische Wohnungsgesellschaft, 1 Mio jährlich für Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen an städtischen Wohnungen, 10 Mio Euro für den Ankauf von Grundstücken, die für eine Wohnbebauung geeignet sind, und Anhandgabe an die städtische Wohnungsgesellschaft; Neuausrichtung des Immobilienhandels zu einem revolvingierenden Fonds
- Konzept für ein Interkulturfestival (50.000 Euro)
- Jetzt sind die Stadtteile dran! – Stadtteilentwicklungskonzept unter Einbeziehung der Bezirksvertretungen (250.000 Euro)
- Beteiligung am Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“, Vorbereitung eines Antrages für ein weiteres Projekt auf der Basis der Sozialräumlichen Gliederung (150.000 Euro)
- Effiziente Stadtbeleuchtung, Rücknahme der Kürzung von 1.885.000 Euro
- Ausbau des Umweltverbundes 2014 beschleunigen, Erhöhung der Taktung und Kapazitäten in der morgendlichen Hauptverkehrszeit, Verlängerung des Tagestaktes bis 21 Uhr (3,5 Mio Euro, Vorrangschaltungen (200.000 Euro), Ausbau von Fahrradachsen als Bausteine eines integrierten Radschnellwegenetzes (Planungsmittel 150.000 Euro), Fahrradabstellmöglichkeiten in Stadtteilen und an zentralen Punkten (250.000 Euro)
- Planungsmittel für die Neugestaltung und Aufwertung öffentlicher Parks und Plätze für alle Stadtteile (1 Mio Euro)
- Ausrichtung des Etats im Sinne des Gender-Responsive-Budgeting mit dem Ziel, einen geschlechtsbewussten Haushalt zu erstellen, Beginn in den Fachausschüssen mit einem Bereich und Umsetzung und Gestaltung schrittweise 2014

Die SPD zog ihren Antrag zurück, für die Bewerbung um die Ausrichtung des NRW-Tages 2016 einen Betrag von 20.000 Euro in den Haushalt einzustellen, nachdem der Oberbürgermeister erklärt hatte, dass schon Gespräche mit der Ministerpräsidentin aufgenommen wurden und falls erforderlich, die Verwaltung in Kürze den Rat um Bereitstellung evtl. notwendiger Mittel bitten werde.

Abgelehnt wurden folgende Anträge von SPD und BÜ 90

- Masterplan Schulen – aufräumen und beschleunigen, Ausstattung mit 30 Mio Euro in 2014 und Folgejahren für die Maßnahmen aus der Prioritätenliste (Grundrenovierung, Aus- und Erweiterungsbauten, Ausbau Ganztags, offene Ganztagsgrundschule und pädagogische Übermittagsbetreuung), beschleunigte Umsetzung, eigene Ansätze für Unterhaltungsmaßnahmen und unterlassene Instandhaltung;
- weitere 15.000 Euro für den Förderkreis Industriepfad Gerresheim unter dem Vorbehalt des Nachweises einer tragfähigen Gesamtfinanzierung des beabsichtigten Projekts „Kulturforum mit Mobilitätsmuseums“
- 61.500 Euro Tanzhaus NRW, Investitionskosten
- Errichtung einer inklusiven Gesamtschule (Planungsmittel 100.000 Euro), Prüfung, ob bestehende Gebäude insbesondere im Norden, genutzt werden können
- Fachtag „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch Beschäftigung – Perspektiven und Chancen“ (30.000 Euro)
- 45.000 Euro für einen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit und Medien beim Stadtverband der Gehörlosen e.V.
- 6.500 Euro Inanspruchnahme von Gebärdensprachdolmetschern
- 810.000 Euro für die budgetierte Förderung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit der freien Träger

Abgelehnt haben SPD, BÜ 90, Linke den Antrag von CDU/FDP, die Mittel für den Verein für Frauenkommunikation um 10.000 Euro zu kürzen.

SPD und BÜ 90 lehnten den Personaletat ab, weil rd. 30 Mio Euro Finanzmittel fehlen, um die bestehenden Beschäftigungsverhältnisse zu finanzieren.

Im Jugendhilfeausschuss beschlossene Haushaltserhöhungen wurden durch CDU, FDP wieder zurückgenommen.

Der Gesamthaushalt wurde mit den Stimmen von CDU, FDP gegen SPD, BÜ 90, Linke, freie Wähler beschlossen. Im Ergebnis führen die Haushaltsberatungen zu einem Überschuss von 3,1 Mio Euro. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt mit einem Teilbetrag von 58,2 Mio Euro durch Kredite von der Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen. Die Anträge der SPD sind im Internet zu finden: www.spd-ratsfraktion-duesseldorf.de –Aus dem Rat-. Die Haushaltsrede von Markus Raub kann über die Ratsfraktion angefordert werden (Tel. 899 3167).

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und für 2014 persönliches Wohlergehen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**